

Der Bundesaußenminister und die pakistanisch-afghanische Grenze

Ein Kommentar

Nasim Saber

Die Durand-Linie trennt die Staaten Pakistan und Afghanistan. Sie entstand 1893 unter enormem Druck British-Indiens und ist nach dem damaligen Außenminister der britisch-indischen Verwaltung, Sir Henry Mortimer Durand benannt. Ursprünglich sollte sie 100 Jahre lang die Grenze zwischen dem Kolonialgebiet und dem nicht-kolonisierten Afghanistan markieren. Diese Grenzziehung lieferte jedoch den Stoff für Konflikte, die bis heute die Region von Kandahar bis Waziristan destabilisieren.

Fernab der Terrorismusdebatte wird von der Weltöffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen, dass das Schicksal und die Teilung eines Volkes, das sich immer gegen seine Bevormundung und gegen äußere Einflussnahme heftig zur Wehr gesetzt hat, hier besiegelt werden. Als die größte Stammesgesellschaft auf der Welt, leben die rund 30 Millionen Paschtunen in der Region weitgehend nach ihrer eigenen autarken Gesellschaftsordnung. Diese Gesetze, Bräuche und Sitten haben ihre Wurzeln in der vorislamischen Zeit und haben ihre Gültigkeit auf beiden Seiten entlang der Durand-Linie beibehalten.

Aktuell steht der Bevölkerung ein Mauerbau entlang dieser umstrittenen Linie bevor, der nach offizieller Lesart den Grenzübertritt von Extremisten und Terroristen verhindern soll. Dass dabei die Teilung des einfachen Volkes in Kauf genommen, gar forciert wird, geht in der Debatte unter. So fordert auch der deutsche Außenminister Steinmeier jüngst im Interview mit der Deutschen Welle (29.06.07) „Afghanistan und Pakistan in einen geordneten politischen Dialog zu bringen, der beide Seiten auch darüber ins Gespräch bringt, wie man die schwierige und lange Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan besser schützt.“ Auch sollen Steinmei-

er zufolge „Vorkehrungen gegen unzulässigen Übertritt von der einen auf die andere Seite“ getroffen werden.

Viele Paschtunen-Familien und ganze Einzelstämme wie die der Schinwaris oder Atsakzais werden durch die Durand-Linie genau in der Mitte geteilt und heiraten dennoch bevorzugt innerhalb ihrer eigenen Sippen diesseits und jenseits der Linie. Die Weidegründe der Nomaden liegen beiderseits der Demarkationslinie. Pakistan in seiner bisher 60-jährigen Staatsgeschichte stand wegen des Disputs um die Durand-Linie bereits mehrere Male am Rande eines Krieges mit Afghanistan.

In den letzten Monaten flammten Streitigkeiten um die genaue Grenzziehung von neuem auf. Pakistanische Militärposten haben sich sowohl in die Gebiete der bisher nach eigenem Recht lebenden Stämme (FATA), als auch auf afghanisches Territorium vorgewagt. Umgekehrt sind afghanische und amerikanische Streitkräfte bei der Verfolgung von mutmaßlichen Terroristen immer häufiger in von Pakistan beanspruchte Gebiete eingedrungen und haben auf Stellungen jenseits der Durand-Linie das Feuer eröffnet. Auch ist die so genannte *North West Frontier Province* (NWFP) in Pakistan sowohl geschichtlich als auch in

der heutigen Terrorismusdebatte nicht von Afghanistan zu trennen. Im Akronym Pakistan taucht bereits ihr historischer Name „Afghania“ auf.

Das historische Siedlungsgebiet der ethnischen Afghanen innerhalb der Grenzen British-Indiens in der Industriefebene wurde 1901 als NWFP zusammengefasst. Andere Siedlungsgebiete der Paschtunen wurden strategisch Baluchistan zugeordnet. Quetta ist zwar die Hauptstadt Baluchistans, wird aber von Paschtunen dominiert und fungiert mittlerweile als Rückzugsgebiet für Taliban-Funktionäre. Die NWFP ist zumal die einzige Provinz Pakistans, die nicht nach der in ihr lebenden ethnischen Mehrheit benannt ist. Ihr Name hat einen kolonialen und von der Geschichte längst überholten Ursprung. Vor der Gründung Pakistans 1947 wurde sie „Nordwestgrenzprovinz“ genannt, weil sie im Nordwesten British-Indiens lag. In der Gegenwart liegt sie nicht recht im Nordwesten, sondern geographisch sogar eher im nord-östlichen Teil Pakistans.

Sowohl kulturell als auch infrastrukturell unterscheiden sich die für pakistanische Verhältnisse stark unterentwickelten Provinzen Baluchistan und die NWFP nicht von den angrenzenden Regionen in Afgha-

nistan. Nicht nur nationalistische, sondern auch soziale Bewegungen in der Grenzregion zu Afghanistan, fordern schon seit Jahrzehnten die Umbenennung der NWFP in Afghania, Paschtunkhwa oder Paschtunistan sowie das Selbstbestimmungsrecht der Paschtunen. Angefangen haben diese Bestrebungen mit der gewaltlosen Bewegung der *Khudai Khidmatgaran* (Gottesdiener) oder *Red Shirts*, wie die Briten sie nannten. Ihr Anführer Ghaffar Khan, ein Anhänger Mahatma Gandhis, wählte den Weg des passiven Widerstands und Friedens. Er verbrachte über vier Jahrzehnte seines 98 Jahre langen Lebens für seine Überzeugung in den Gefängnissen der Briten und Pakistaner.

Heute ist die Gewaltlosigkeit in der Region längst Geschichte: Militant islamische Bewegungen wie die *Majlis-i mutabida-i amal* (MMA), eine Vereinigung von den Taliban gedanklich nahe stehenden Kräften in Nordpakistan, allen voran die Person des Chief Ministers der NWFP, Akram Khan Durani, fordern die Umbenennung der NWFP in „Paschtunistan“.

Der Westen bemüht sich, in der hitzigen Terrorismusdebatte zwischen den beiden Nachbarländern Afghanistan und Pakistan zu vermitteln. Durch Zugeständnisse und direkte Unterstützung Pakistans möchte die Antiterrorallianz den Terrorismus eindämmen und Pakistan als Partner im Kampf gegen die Taliban gewinnen. Doch ob diese Strategie aufgeht, ist fraglich, da verschiedene pakistanische Behörden sowohl direkt als auch indirekt die Taliban unterstützen und damit Teil des Problems sind. In diesem Zusammenhang wird auf Afghanistan Druck ausgeübt und sogar immer wieder gefordert, Afghanistan solle die Durand-Linie ein für alle mal anerkennen. Gerade in der in Afghanistan politisch dominanten Nordallianz gibt es viele Kräfte, die diese Forderung gerne realisiert sehen möchten.

Diese Haltung resultiert von den vorhandenen Rivalitäten der ethnischen Minderheiten gegenüber Paschtunen in

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der Deutschen Welle, 29.6.2007 (Auszug)

Der ranghöchste deutsche General in Afghanistan fordert mehr Soldaten, denn sonst könnten die Taliban den Kampf gewinnen. Was halten Sie von solchen Befürchtungen? Kann der Westen am Hindukusch scheitern?

Natürlich ist Scheitern bei militärischen Missionen nie ausgeschlossen, nirgendwo auf der Welt. Deshalb gehen wir natürlich auch mit dem Risiko nach Afghanistan, dass wir uns insbesondere nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit, wie wir es gerne sehen würden, durchsetzen. Aber entgegen mancher Berichterstattung, auch der letzten Tage, darf man nicht verkennen, dass selbst im Süden, wo die Sicherheitslage nach wie vor hochriskant ist im Vergleich zu anderen Landesteilen, in den letzten Monaten doch eine erhebliche Verbesserung eingetreten ist. Sie erinnern sich an die Debatten über die bevorstehende Frühjahrsoffensive. Die militärische Präsenz, die jetzt dort im Süden vor Ort ist, hat zumindest verhindern können, dass diese Frühjahrsoffensive von Taliban-Kräften stattgefunden hat. Ich sage Ihnen aber auch eines, und darauf habe ich im Verlaufe dieses Jahres erkennbar Wert gelegt: Wir werden das Problem auch im Süden nicht lösen, wenn es uns nicht gelingt, Afghanistan und Pakistan in einen geordneten politischen Dialog zu bringen, der beide Seiten auch darüber ins Gespräch bringt, wie man die schwierige und lange Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan besser schützt und Vorkehrungen gegen unzulässigen Übertritt von der einen auf die andere Seite herstellt. Ich habe mich in Pakistan, vor allen Dingen im nördlichen Bereich Pakistans, in Peschawar, davon überzeugt, dass entgegen manchem Vorwurf, der gegen Pakistan erhoben wird, Pakistan nicht tatenlos geblieben ist. Es werden Anstrengungen unternommen, um die Situation mindestens zu verbessern – auch mit einer hohen Zahl von pakistanischen Soldaten, die jetzt dort zum Grenzschutz eingesetzt werden.

Afghanistan. Viele Köpfe der Nordallianz, wie der ehemalige Präsident Afghanistans, Burhanuddin Rabani, der heutige Vizepräsident, Ahmad Zia Massoud, und der Präsident des Parlaments, Yunus Qanuni, haben sich zusammen mit früheren Kommunisten und sogar dem Enkel des früheren Königs Zahir Shah in der so genannten „Nationalen Front“ organisiert. Somit stehen die genannten Persönlichkeiten einerseits in der Regierungsverantwortung, bilden erstaunlicherweise aber auch eine Opposition zu Karsais Regierung. So ist es derzeit zumindest fraglich, ob die Anerkennung der Durand-Linie die afghanische Regierung und den Antiterrorereinsatz stabilisieren kann, denn Karsai ist aus den genannten Gründen sehr schwach.

Die geplante Abriegelung der Grenze auf pakistanischer Seite zur Vermeidung „illegaler Grenzübertritte“ wird aus paschtunischer Sicht als Zementierung einer ungerechten Grenze und

als Schritt zur offiziellen Anerkennung der Durand-Linie verstanden. Wenn die Regierung Karsai dem internationalen Druck nachgibt und die Grenze anerkennt, würde sie Ansehen und Vertrauen in großen Teilen der afghanischen Bevölkerung zweifellos endgültig verlieren. Dies wäre Wasser auf die Mühlen der Taliban-Bewegung, die sich vornehmlich aus Paschtunen rekrutiert. Das erklärte Ziel der NATO, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, würde in unerreichbare Ferne rücken.

Die Durand-Linie verkörpert geradezu das kollektive Gefühl der Paschtunen, in der Geschichte ungerecht behandelt worden zu sein. Ob es allerdings realistisch sein kann, knapp 2500 km Grenze in zum Teil schwierigem Terrain abzuriegeln, steht auf einem anderen Blatt. Darüber hinaus darf man fragen, wo jemals durch eine Mauer, Minenfelder und Stacheldraht Frieden und Stabilität geschaffen wurden.